



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Landesverband Sachsen-Anhalt

Bürgerstraße 1, 39104 Magdeburg

Deutsche Verkehrswacht Sachsen-Anhalt
Herrn Wulf Hofmann
- Vizepräsident -
Klosterwuhne 40
39124 Magdeburg

Landesverband Sachsen-Anhalt
Bürgerstraße 1
39104 Magdeburg

Fon: 0391 – 53656 – 0
Fax: 0391 – 53656 – 10
lv.sachsen-anhalt@spd.de
www.spdlsa.de

Sparkasse Magdeburg
IBAN DE54810532720641056150
BIC NOLADE21MDG

Magdeburg, 7. April 2021

Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Hoffmann,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine.

In der Anlage finden Sie die Antworten der SPD auf Ihre Wahlprüfsteine.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Katja Pähle
Spitzenkandidatin der SPD

1. Welche konkreten Vorstellungen hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der örtlichen Verkehrswachten gibt es?

Ein Schwerpunkt beim Straßenverkehr ist die weitere Umsetzung der Vision Zero, also dem Ziel, dass es keine Verkehrstoten mehr in Sachsen-Anhalt gibt. Ein wichtiger Baustein der Verkehrssicherheit ist die Verkehrserziehung. Diese Arbeit werden wir weiter unterstützen. Die Förderung der Jugendverkehrsschulen ist dabei ein wichtiger Schritt. Wir wollen sie auf jeden Fall fortsetzen.

2. Die derzeitige Unterstützung der Jugendverkehrsschulen ist ein ganz wesentlicher Schritt zum Erhalt der örtlichen Verkehrswachten, allerdings sind damit die vielfältigen Aktionen mit den verschiedenen besonders gefährdeten Zielgruppen nicht abgedeckt. Welche Vorstellungen gibt es für eine generelle Unterstützung der Verkehrswachten im Land?

Die Jugendverkehrsschulen als wichtige Säule der Verkehrswachten werden wir weiter unterstützen. Zudem werden wir uns in der nächsten Wahlperiode dafür einsetzen, dass es darüber hinaus und neben der Projektförderung für die örtlichen Verkehrswachten einen Festzuschuss gibt.

3. Werden örtliche Verkehrswachten z.B. durch die zur Verfügungstellung von Räumlichkeiten für die Vereinsarbeit bzw. für die Jugendverkehrsschule unterstützt?

Verkehrswachten leisten einen wichtigen Beitrag zur Verkehrserziehung. Räumlichkeiten vor Ort für die Arbeit der Verkehrswachten zur Verfügung zu stellen, ist aus unserer Sicht eine kommunale Aufgabe. Natürlich begrüßen wir, wenn diese Arbeit von kommunaler Seite unterstützt wird.

4. Wie könnte das Verfahren für die Beantragung von Fördermitteln so weit vereinfacht werden, dass die Voraussetzung auch von den ehrenamtlich Engagierten angewandt werden kann?

Durch einen Fördermittelantrag muss der Fördermittelgeber die Projektziele erkennen können und die Entscheidung treffen, ob das Projekt dem Förderzweck entspricht. Daran werden wir auch in Zukunft nicht vorbeikommen. Ziel sollte aber immer sein, dass die gestellten Fragen auch von ehrenamtlich Engagierten beantwortet werden können. Generell muss dem Thema Barrierefreiheit und einfachere Sprache, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wo Fragen zu komplex sind, sollten Sacharbeiter*innen in den Ministerien als kompetente Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen und serviceorientiert helfen.

5. Wie könnte die personelle Situation der Verkehrswachten aus Ihrer Sicht verbessert werden, wie unterstützen Sie vor Ort Ihre Verkehrswachten?

Unserer Meinung nach müssen wir die Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement generell erhöhen. Dies werden wir auf der Landesebene unterstützen. Zusätzlich ist es wichtig, dass Verbände und Vereine eine Bühne bekommen, auf der um Unterstützung geworben werden kann. Aus diesem Grund haben wir als SPD die Erarbeitung einer landesweiten Engagementstrategie angestoßen. Außerdem wollen wir die Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement ausbauen. Dazu gehört die Einführung einer Ehrenamtskarte in Kooperation mit Kommunen, Wirtschaft und Verbänden.

6. Wie können Sie das örtliche Engagement konkret unterstützen? Arbeiten Vertreter Ihrer Partei in einer Verkehrswacht mit?

Das örtliche Engagement wird von Vertretern der SPD in Gemeinden, Städten und Kreisen unterstützt. So wurde auf Initiative der SPD-Fraktion im Kreistag des Burgenlandkreises eine Grundfinanzierung der drei Verkehrswachten eingeführt. Generell sind unsere Mitglieder neben der ehrenamtlichen Parteiarbeit noch in vielen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens freiwillig engagiert. Beispielsweise ist Rüdiger Erben, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion und SPD-Kreisvorsitzender im Burgenlandkreis, Mitglied der Gebietsverkehrswacht Hohenmölsen – Teuchern e.V.

7. Ist beabsichtigt, das Verkehrssicherheitsprogramm fortzuschreiben?

Ein klares Ja. Es gibt ständig neue Sachverhalte im Straßenverkehr und damit neue Herausforderungen für die Verkehrssicherheit. Wir befinden uns mitten in einer Verkehrswende. Menschen nutzen häufiger das Fahrrad oder das Pedelec. Das findet sich so noch nicht wieder. Der Bau straßenbegleitender Radwege bezieht sich zum Beispiel noch auf den alten Landesradverkehrswegeplan. Auch „Protected Bike Lanes“ finden sich überhaupt nicht in dem Papier.

8. Ist es aus Ihrer Sicht sinnvoll, dazu den Beirat für Verkehrssicherheit wieder zu aktivieren?

Ein klares Ja. Prinzipiell sind die Aufgaben des Beirats für Verkehrssicherheit sinnvoll. Dass der Beirat am 16. November 2018 das letzte Mal zusammengekommen ist, ist ein großer Fehler, der behoben werden muss.

9. Unterstützen Sie die Vision Zero und welche Schlüsse ziehen sie daraus hinsichtlich konkreter Themen der Verkehrssicherheitsarbeit?

Die Zielstellung der Vision Zero ist natürlich richtig. Teile der Vision haben 2017 Eingang in das erste Verkehrssicherheitsprogramm gefunden. Konkret bleibt es die größte Aufgabe, alle Verkehrsteilnehmer*innen einen sicheren Verkehrsweg zur Verfügung zu stellen. Das beginnt bei der Barrierefreiheit von ÖPNV-Haltestellen und hört beim Zustand von Radverkehrsanlagen nicht auf. Im Radverkehr sehen wir einen besonders großen Nachholbedarf. So muss perspektivisch an jeder Landesstraße ein straßenbegleitender Radweg entstehen.

10. Allein im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des Zweirad-Industrie-Verband e.V. (ZIV) über 5 Mio. Fahrräder in Deutschland verkauft, womit die steigende Bedeutung dieser Mobilitätsform deutlich wird. Mit welchen Konzepten wollen Sie diese Entwicklung (z.B. durch Ausbau von Radwegen) unterstützen?

Wir wollen das Rad als Alternative zum Auto fördern. Wahr ist, dass die Hälfte der Strecken, die heute mit dem Auto zurückgelegt werden, kürzer als 5 Kilometer sind. Daher wollen wir:

- ein flächendeckendes Radwegenetz an Landes- und Bundesstraßen, eine Modernisierung der vorhandenen Wege und die Umsetzung des Landesradverkehrsplans. Bei jedem Ausbau einer Straße außerorts mit überörtlicher Bedeutung wird ein Radweg gebaut! Acht Prozent der Straßenbaumittel sind für Radverkehr aufzuwenden. Wir wollen eine konsequente Anwendung der ERA2010;
- eine Landeskampagne „Sachsen-Anhalt steigt auf!“;
- die Förderung von modernen und diebstahlsicheren Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen, Bus- und Straßenbahnhaltestellen;
- ein Radschnellwegeprogramm zur Unterstützung des Baus von Radschnellwegen;
- den Ausbau von Radschnellwegen auch abseits von Hauptstraßen;
- die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen;
- eine Aufwertung der*des Radverkehrskoordinator* in im Verkehrsministerium und aktives Einwerben der Bundesmittel aus dem Klimapaket für Projekte in Sachsen-Anhalt;

- ein Pilotprojekt zur Verlagerung von innerstädtischem Lieferverkehr auf Lastenräder;
- die Förderung des Radtourismus;
- Modellprojekte zur Weiterentwicklung des Radverkehrs (Protected Bike Lane, Fahrradbrücken, Anbindung von Schulen oder Kitas).

11. Laut Bundesanstalt für Straßenwesen tragen deutschlandweit nur rund 23 Prozent der Radler einen Helm. Die tödlichen Unfälle mit Pedelecs sind im letzten Jahr im Vergleich zum Vorjahr um knapp 20 Prozent gestiegen. Wie stehen Sie vor diesem Hintergrund zu einer Helmpflicht für Pedelecs, da diese in Geschwindigkeit und Fahrverhalten eher motorisierten Zweirädern ähneln?

Eigentlich sollte der Selbstschutz im Interesse aller Bürger*innen liegen. Ein Helm kann vor schweren Kopfverletzungen schützen. Wir befürworten eine Helmpflicht sowohl für Fahrräder als auch für Pedelecs.

12. Die Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ 2001), die eine Präzisierung der Einsatzbereiche von FGÜ nach der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) zu § 26 StVO darstellen, sind nicht mehr aktuell. Wird von Ihnen eine Neufassung angestrebt?

Rechtliche Regelungen müssen generell auf einem aktuellen Stand sein. In diesem Sinne würden wir eine Neufassung unterstützen. Sie ist allerdings Sache des Bundes.

13. Sanktionshöhe und Sanktionswahrscheinlichkeit haben maßgeblichen Einfluss auf das Verkehrsverhalten. Welche Schritte werden von Ihnen unterstützt, den Bußgeldkatalog in der Fassung vom April 2020 wieder in Kraft zu setzen?

Grundsätzlich war der neue Bußgeldkatalog ein Schritt in die Richtung einer höheren Verkehrssicherheit. Durch den Formfehler des Bundesverkehrsministeriums muss es ein neues Gesetzesvorhaben geben.

14. Welche Position nehmen Sie zu der Halterhaftung im fließenden Verkehr ein, ein Mittel das europaweit für mehr Beachtung der Verkehrsregeln führt?

Aus unserer Sicht sollte der*die Verursacher*in für Schäden haften. Das steht der Halterhaftung entgegen.

15. Wie stehen Sie zu einem generellen Alkoholverbot für Kraftfahrzeugführer und einer Absenkung der Promillegrenze für Radfahrer?

Bereits geringe Mengen von Alkohol können dazu führen, dass Entfernungen falsch eingeschätzt werden können. Die aktuellen Regelungen tragen dem bereits Rechnung. So droht bereits ab 0,3 Promille ein Führerscheinentzug drohen, sofern der Fahrer alkoholbedingt zustande kam. Sollten in diesem Promillebereich erhöhte Unfallzahlen zu verzeichnen sein, müsste man über eine Verschärfung nachdenken. Das Gleiche gilt für entsprechende Situationen mit Radfahrer*innen.